



Landtagsfraktion
Hessen

SPD

Regierung Koch will Städte, Gemeinden und Kreise zur Kasse bitten

Für Städte, Gemeinden und Landkreise in Hessen soll es ab 2011 finanziell ganz eng werden: Die Landesregierung von Ministerpräsident Koch will der kommunalen Ebene 400 Millionen Euro jährlich entziehen, um die eigenen Finanzen in den Griff zu bekommen. So steht es im Finanzplan der Landesregierung.

Die SPD-Landtagsfraktion lehnt dieses Sonderopfer der Kommunen ab und kämpft an der Seite der Städte, Gemeinden und Kreise für stabile Finanzen.

Es trifft die Bürgerinnen und Bürger

Die Leidtragenden der geplanten Kürzungen sind die Bürgerinnen und Bürger. Die Kommunen nehmen viele Aufgaben wahr, die sich unmittelbar auf das Leben der Menschen auswirken. Sie kümmern sich zum Beispiel um Kinderbetreuung, um Schulbau, um die Wasser- und Abwasserversorgung, die Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten, den Müll, um die Vereine, den Sport sowie Kunst und Kultur. Wenn Städte, Gemeinden und Kreise finanziell ausbluten, fallen wichtige Angebote weg.

„Operation Düstere Zukunft“ Teil II

Wie die Bilder sich gleichen: 2003 hat die CDU-geführte Landesregierung kurz nach der Landtagswahl die „Operation Sichere Zukunft“ gestartet und gegen alle Widerstände durchgepeitscht. Für die SPD-Fraktion im Landtag in Wahrheit eine „Operation Düstere Zukunft“. Kürzungen im Sozialbereich – von der Schuldnerberatung bis zu den Frauenhäusern. Kürzungen bei den Beschäftigten des Landes. Riesige Protestwelle. Jetzt 2009, wieder direkt nach der Landtagswahl, Kürzungen bei den Kommunen. Die Folgen sind dieselben: Wieder fallen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger dem Rotstift zum Opfer. Den „Schwarzen Peter“ schiebt die Landesregierung dafür den Kommunen zu. Sie sollen den Kopf für die „Operation Düstere Zukunft“ Teil II hinhalten.

Kochs hausgemachte Probleme

Das geplante Sonderopfer zeigt einmal mehr, wie windig die Landesregierung ist. Ministerpräsident Koch und Finanzminister Weimar bekommen ihre Schulden nicht in den Griff und kassieren dafür die Kom- Tradition: Seit 1999 sind den hessischen Kommunen worden. Der geplante neue Griff in die kommunale „Familienkasse“ schnürt den Städten,

Finanzpolitik der CDU-geführten nister Weimar bekommen ihre Schulden nicht in den Griff und kassieren dafür die kommunale „Familienkasse“ schnürt den Städten,

SPD-Fraktion als Anwalt der Kommunen



Thorsten Schäfer-Gümbel
Fraktionsvorsitzender



Michael Siebel
kommunalpolitischer Sprecher



Nancy Faeser
innenpolitische Sprecherin

Die Landesregierung will den Kommunen – also den Städten, Gemeinden und Kreisen – tief in die Kasse greifen und sich ab 2011 jährlich mit 400 Millionen Euro selbst bedienen. Das bringt unsere hessischen Kommunen an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit und deshalb sagt die SPD-Fraktion im Landtag nein zu diesen Plänen. Die SPD-Fraktion versteht sich als Anwalt der kommunalen Ebene. Sie muss ihre Aufgaben solide finanziert erledigen können. Die hessischen Kommunen sind nicht die Melkkühe für Herrn Koch. Die SPD-Landtagsfraktion wird alle parlamentarischen Mittel nutzen, damit Städte, Gemeinden und Kreise in Hessen eine gute Zukunft haben.



Stabile Finanzen für die Bürgerinnen und Bürger

Hessens Städte, Gemeinden und Kreise brauchen stabile Finanzen, um ihre Angebote und ihre Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger aufrechterhalten zu können. Sie haben kaum Möglichkeiten, ihre eigene Finanzsituation zu verbessern, sondern sind abhängig von den Mitteln, die das Land Hessen ihnen überlässt. Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag tritt dafür ein, dass die kommunale Ebene stabil, dauerhaft und stetig finanziert wird.

Die Kommunen brauchen solide Einnahmen für

... Kinder und Betreuung. Egal ob es um den Ausbau der Kinderbetreuung geht oder einfach nur um gute Spielplätze – darum kümmern sich die Kommunen. Gerade bei den Kindertagesstätten stehen große Aufgaben an. Mehr Angebote, kleinere Gruppen, kostenfreie Kindergärten. Das können die Städte und Gemeinden finanziell nicht allein schultern. Kürzen gefährdet die Kinderbetreuung.



... gute Schulen. An vielen Ecken besteht Investitionsbedarf in moderne Schulgebäude. Das finanzieren die Kommunen. Kürzen behindert die Schulentwicklung.

... das Ehrenamt. Sportvereine, Sportanlagen, Gesangsvereine, freiwillige Jugend- oder Seniorenarbeit. Das alles ist ohne kommunale Unterstützung nicht denkbar. Hier wird mit kleinem Geld Großes geleistet. Kürzen schadet dem Gemeinsinn.



... die Sicherheit. Die Freiwilligen Feuerwehren gelten neben dem Sport als die größte Bürgerinitiative im Lande. Die Bürgerinnen und Bürger verlassen sich auf diese zehntausenden ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Genauso wie auf die Mitglieder der Rettungsorganisationen. Kürzen bremst die Retter.

... Soziales. Vom Jugendzentrum bis zur Suchtberatung halten die Kommunen eine Vielzahl von Angeboten bereit, auf die Menschen zählen können, die besondere Beratung oder Hilfen brauchen. Kürzen schwächt den Zusammenhalt.

... Kunst und Kultur. Stadtbibliothek, Theater oder kommunales Kino – ohne kommunale Gelder schwindet das kulturelle Angebot drastisch. Auch viele ehrenamtliche Initiativen sind auf Unterstützung angewiesen. Kürzen verarmt die Kultur.

... Investitionen. Für neue Schulgebäude, neue Straßen, die Renovierung von Schwimmbädern oder Turnhallen geben die hessischen Kommunen viel Geld aus. Sie verbessern damit das Angebot für ihre Bürgerinnen und Bürger und schaffen Arbeit, häufig gerade im örtlichen Handwerk. Kürzen kostet Arbeitsplätze.

... die Daseinsvorsorge. Wer sorgt dafür, dass der Müll abgeholt wird? Dass Leitungswasser fließt? Dass der Bus fährt? Hinter diesen unverzichtbaren Dienstleistungen für die Bürger stehen die Kommunen. Hier kann fehlendes Geld nur über höhere Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger wieder hereingeholt werden. Kürzen macht das Leben teurer.

